

Foto: Christian Kiel



## Alles muss raus

Die Diskurse der „neuen“ Sozialdemokratie | von Benjamin Mikfeld ■ ■

» In diesem Jahr blickt die SPD auf zehn Jahre an der Bundesregierung zurück. Während auf der Ebene der materiellen Reformen einige Erfolge zu verzeichnen sind, fällt es auf der Ebene der strategischen Rahmenbedingungen schwerer, eine Erfolgstory zu erzählen. Der Mitgliederrückgang um eine Viertelmillion, der Verlust von etlichen Landesregierungen, die demoskopisch messbare Erosion von Glaubwürdigkeit und Zutrauen in die SPD, die Zunahme von Nichtwählern in sozialdemokratischen Wählermilieus und nicht zuletzt die Etablierung einer gesamtdeutschen Linkspartei sind Fakten, die derzeit nicht für eine politische Vorherrschaft der Sozialdemokratie sprechen. Die meisten Kommentatoren, die heute die jeweils „tiefste Krise“ der SPD untersuchen, ziehen entweder die Agenda 2010 oder aktuelle Ereignisse als Ursache heran. Verkannt wird, dass die SPD nach ihrem 98er-Wahlsieg bereits im Sommer 1999, nach Lafontaine-Rücktritt und Schröder-Blair-Papier, auf rund 33 Prozent absackte. Das fragile Wahlversprechen einer politischen Synthese von Innovation und Gerechtigkeit zerbrach im Jahr 1999 und der Prozess einer Abwanderung der Wählergruppen sowohl am „modernen“ als auch am „traditionellen“ Pol fand hier seinen Anfang.

» Diese zehn Jahre waren auch eine Geschichte des ständigen Ringens um Innovation oder Gerechtigkeit. Bis heute. Sitzung eines SPD-Führungsgremiums im März 2008: Ein Mitglied eines dieses Führungsgremiums räsoniert darüber, dass nicht ganz klar sei, ob die SPD für eine soziale oder für eine reformorientierte Politik stehe. Die Frage war richtig gemeint, die Formulierung jedoch Ausdruck des Problems: der Aufspaltung von sozialer Gerechtigkeit und Reformpolitik in zwei vermeintlich antagonistische Logiken, sowohl in der materiellen Politik als auf der symbolischen Ebene.

### □ Versuch eines hegemonialen Projekts

Dabei kann der in den späten 90ern europaweit bemühte Ansatz einer „neuen Sozialdemokratie“, ob als „neue Mitte“ oder „dritter Weg“ bezeichnet, durchaus als Versuch eines hegemonialen Projekts gewertet werden. Es ging einerseits darum, die ausgelaugte und defensive alte Sozialdemokratie zu modernisieren und andererseits, dem erstarkten Wirtschaftsliberalismus eine soziale Alternative entgegenzusetzen.

Hierzu diverse Aufsätze in Martin Nonhoff (2007):

- Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie, Bielefeld ■ Chantal Mouffe (2007): Über das Politische, Frankfurt, S. 40
- George Lakoff (2006): Thinking Points: Communicating Our American Values and Vision: A Progressive's Handbook

Ein hegemoniales Projekt verfolgt das strategische Ziel der Hegemonie, im Sinne einer Vorherrschaft bestimmter Artikulations- und Deutungsmuster. Da Gesellschaften immer Mängel aufweisen, wird in politischen Diskursen das Allgemeinwohl bzw. der richtige Weg zur Beseitigung dieses Mangels konflikthaft verhandelt. Politische Diskurse beinhalten Forderungen, die, selbst wenn sie Partikularinteressen vertreten, immer auch auf das Allgemeinwohl gerichtet sind. Hegemoniale Auseinandersetzungen sind das Spiel von Äquivalenz und Differenz. Jedes hegemoniale Projekt muss Äquivalenzketten, also Bezüge zwischen politischen Diskursen herstellen und sich zugleich von Forderungen abgrenzen, denen die Orientierung am Allgemeinwohl abgesprochen wird.

» Das hegemoniale Projekt der „neuen Sozialdemokratie“ hatte im Zentrum das Versprechen neuen Wohlstands für alle durch Dynamisierung. Nicht ohne Grund war Gerhard Schröder die Formulierung „Sicherheit durch Wandel“ lieber als der Slogan „Sicherheit im Wandel“. Dieses Versprechen fand seinen Ausdruck in einer Reihe von Diskursen, von denen einige hier nur angerissen werden können:

**Diskurs der Erneuerung:** Ausgangspunkt war die These von der „blockierten Gesellschaft“. Alte verkrustete Strukturen und Interessengruppen trügen die Verantwortung dafür, dass die Innovations- und Wachstumspotenziale nicht zur Entfaltung kämen. Allerdings richtete sich der Erneuerungsdiskurs nicht nur gegen die konservative Politik der Kohl-Ära, sondern mit autoaggressiver Lust auch gegen die vermeintliche Beharrung im eigenen Lager. Erneuerung war meist gleichbedeutend mit mehr Kommodifizierung und Flexibilisierung. Auch heute noch sehen manche Feuilleton-Theoretiker der neuen Sozialdemokratie im Gegensatz von Bewegung und Beharrung die wesentliche politische Konfliktlinie unserer Zeit.

**Diskurs der gerechten Ungleichheit:** Nicht immer in expliziter Bezugnahme auf John Rawls wurde die Forderung einer Akzeptanz von sozialen

Ungleichheiten als Voraussetzung für gesellschaftlichen Wohlstand aufgestellt. Bodo Hombach, der erste Kanzleramtsminister der Regierung Schröder, erwartete von der SPD, auf ihre „Besitzstands- und Verteilungsideologie zu verzichten“. Das Schröder-Blair-Papier ging in seiner Polemik gegen die alte Sozialdemokratie noch weiter: „In der Vergangenheit wurde die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt.“

**Diskurs der Alternativlosigkeit:** Hatte das Streben nach einer umfassenden Erneuerung des Landes noch etwas Befreiendes, wurde dies durch den Diskurs der Alternativlosigkeit und die Forderung nach Akzeptanz der Bedingungen gleich wieder erstickt. Sozialdemokratische Politikvermittlung hatte ihren Schwerpunkt in der Aufklärung darüber, was „im Zeitalter der Globalisierung und des demografischen Wandels“ alles nicht mehr möglich sei. Politik wurde auf das verengt, was die SPD-Regierung im Rahmen der von ihr vorgenommenen Einschätzung der Handlungsmöglichkeiten für realisierbar erachtete. Wer dies nicht wahrhaben wollte, wurde mit der deutschen Variante von „There is no alternative“ bis hin zum legendären „Basta“ des diskursiven Raums verwiesen.

**Diskurs der Eigenverantwortung:** In der sozialpolitischen Debatte rückte die Forderung nach mehr Eigenverantwortung ins Zentrum. In der Regierungserklärung zur Agenda 2010 forderte Gerhard Schröder: „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.“ Während der Aspekt der Emanzipation und der Befähigung zu einer selbst bestimmten Lebensführung stark unterbelichtet blieb, war das Ziel der Individualisierung und Privatisierung sozialer Risiken bestimmend. Eng verknüpft mit dem Eigenverantwortungsdiskurs war der Diskurs der Generationengerechtigkeit. An die Stelle klassischer sozialer Interessengegensätze rückte der angeblich drohende Verteilungskampf zwischen Jung und Alt, der mit einer Teilprivatisierung der sozialen Sicherung beantwortet werden müsse.

## □ Mehr Differenz als Äquivalenz

Aus dem Versuch eines hegemonialen Projekts wurde jedoch keine Hegemonie der neuen Sozialdemokratie. Die Gründe dafür sind klar:

1. wurde das Versprechen „Wohlstand für alle durch Dynamisierung“ materiell nicht eingelöst.
2. Spätestens mit dem Ende der new economy und dem folgenden Abschwung wuchsen die Zweifel am Wohlstandsversprechen des Wirtschaftsliberalismus. Die soziale Frage rückte wieder ins Massenbewusstsein. Die Forderungen nach mehr Markt und die Appelle in Richtung mehr Eigenverantwortung brachen sich am Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung und an einer sozialen Realität, in der Managereinkommen explodierten und Lohneinkommen stagnierten.
3. zeichnen sich die Diskurse durch polit-ökonomische Blindheit aus. Machtbeziehungen und Interessen wurden in der irrigen Hoffnung auf einen gesellschaftlichen Modernisierungskonsens ausgeblendet. Während der alte Gesellschaftsvertrag der Nachkriegszeit im globalen Kapitalismus einseitig aufgekündigt wurde, fand die SPD hierfür keine Interpretation und erst recht keine politische Antwort.
4. hat die SPD keine eigene Sprache gefunden. Die semantische Verbetriebswirtschaftlichung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik („Ich-AG“) hat den Eindruck verstärkt, dass die SPD die Logik der Ökonomie auf die Gesellschaft übertragen wolle. Durch ein falsches Framing (z.B. Deutschland als „Sanierungsfall“) hat sie die Diskurse des politischen Gegners verstärkt.
5. mussten diese Diskurse zu Entfremdungsprozessen und Gegenreaktionen in der Mitglied- und Wählerschaft führen. Gerade weil die „neue Sozialdemokratie“ z.B. den Wert der Verteilungsgerechtigkeit nicht in die eigene Äquivalenzkette ihres Projekts einbezog, sondern ins Außen verwies, verfestigte sich in und außerhalb der SPD ein Gegendiskurs, der gerade im Festhalten an der „alten Sozialdemokratie“ eine starke Bindewirkung entfaltete.
6. konnte die SPD nicht plausibel machen, für wen sie Politik macht und wessen Interessen sie

vertritt. Sie hat auf die für Politik unverzichtbare „Dimension leidenschaftlicher Parteilichkeit“ verzichtet. Einerseits fühlte sich die „traditionelle“ Klientel immer weniger vertreten. Andererseits hing sie dem Trugschluss einer definierbaren politischen „neuen Mitte“ an. Schon Willy Brandt sah die SPD 1972 als „Partei der neuen Mitte“ und verband damit eine gesellschaftliche Mehrheit für ein sozialliberales politisches Projekt. Der Diskurs der neuen Mitte Ende der 70er Jahre war kein gesellschaftliches Reformbündnis, sondern lediglich Modernisierungs-Attitüde in Richtung Mittelschichten und Meinungseliten. Aber so wenig jemand in allen Fragen konservativ oder progressiv ist, dürfte auch kaum jemand in allen Fragen „mittig“ sein. Der amerikanische Linguist George Lakoff nennt dies „Biconceptualism“: viele Menschen zeichnen sich durch die Koexistenz konservativer und progressiver Ansichten aus. Den Demokraten, denen er nahe steht, rät er zur Abkehr vom „mythical center“ und der irrigen Sichtweise, es gäbe eine relevante Anzahl Wähler, bei denen die Selbsteinordnung als „Mitte“ auch einer konsistenten Weltanschauung entspreche.

Die Herstellung von diskursiven Äquivalenzen in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Milieus zwischen nötiger Modernisierung, dem Wert sozialer Gerechtigkeit und einem handlungsfähigen Staat wurde jedoch nicht ernsthaft versucht. Die „neue Sozialdemokratie“ war eher darum bemüht, Äquivalenzen zwischen dem Irgendwie-Modernen, dem Irgendwie-Dynamischen und Irgendwie-Pragmatischen herzustellen. Diese Bindungen konnten nicht dauerhaft halten. Stattdessen wurde die diskursive Raum so aufgeteilt, dass die Grenze durch die eigene Mitgliedschaft und Wählerschaft gezogen wurde – mit bekannten Folgen. Das Projekt einer politischen Synthese von Innovation und Gerechtigkeit steht noch aus. Die erfolgten Versuche in jüngster Zeit – in der realen Politik aber auch im neuen Hamburger Grundsatzprogramm – müssen mit den erschwerten Bedingungen des gescheiterten hegemonialen Projekts leben. Aber dazu gibt es diesmal wirklich keine Alternative. ■

↳ Benjamin Mikfeld, Mitherausgeber der spw, lebt in Berlin.